

Bürger eine klare Antwort zu geben, ob sein Antrag nach den von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen sozialen Dringlichkeitskriterien auch ein sozialer Fall ist und wann dieser wie realisiert werden kann oder warum nicht. Diese Kriterien orientieren auf die vorrangige Lösung solcher Anträge, wo eine sichere, trockene und warme Wohnung nicht vorhanden ist, auf die verstärkte Vergabe an Arbeiterfamilien, besonders Schichtarbeiter, an kinderreiche Familien und alleinstehende Bürger mit 3 und mehr Kindern, an junge Eheleute ohne eigene Wohnung und die Bereitstellung von altersgerechtem Wohnraum.

Im Ergebnis konnte 1 203 Bürgern die Zusage der Lösung ihres Wohnungsproblems bis 1990 gegeben werden. Anderen Bürgern mußte erläutert werden, daß ihr Antrag vor allem auf Komfortverbesserung gerichtet und somit nicht sozial dringlich ist. Das waren stets offene und ehrliche Aussprachen, die mit überzeugenden Argumenten und sehr viel Fingerspitzengefühl geführt wurden. Da durfte nichts offenbleiben. Zugleich konnten daraus Schlußfolgerungen für die Qualifizierung der Arbeit mit dem Wohnungsvergabeplan abgeleitet werden.

Bewährt hat sich - so wurde in der Berichtswahlversammlung der APO 6 sichtbar - ein vom Rat der Stadt beschlossener und von der Stadtverordnetenversammlung bestätigter namentlicher Vergabeplan, der öffentlich ausgehangen wird. Dessen Realisierung steht unter Parteikontrolle der APO 6. Selbstverständlich erfolgt die Abrechnung auch monatlich im Ratskollektiv und vierteljährlich vor den Stadtverordneten. Durch die Aufschlüsselung dieses Planes auf die Wohnbezirke, die Information der WBA und der Leiter der Betriebe und Einrichtungen ist eine wirksame öffentliche Kontrolle gewährleistet. So werden auch hierbei immer mehr Bürger in die Vorbereitung, Realisierung und Kontrolle einbezogen. Dabei orientierten die Genossen in den Wahlversammlungen darauf, daß die Ge-

meinschaftsarbeit im Territorium zu besseren Ergebnissen für die Lösung der Wohnungsfrage führen muß. Dazu fördert der Rat der Stadt Plauen 4 territoriale Interessenvereinigungen, in denen jeweils 12 bis 14 Betriebe auf der Grundlage von Kommunalverträgen etwa 350 Wohnungen rekonstruieren. Ebenso dazu zählt der Rat die Unterstützung der FDJ-Initiative „Umgebaut und ausgebaut“, in der jährlich 100 Wohnungen in Angriff genommen werden.

Gute Nutzung vorhandenen Wohnraums

Ein weiterer Schwerpunkt der politischen Führungstätigkeit ist, darauf verwies auch Rita Balzer aus dem Bereich Wohnungspolitik, die Förderung des freiwilligen Wohnungstausches vor allem zur besseren Auslastung von unterbelegtem Wohnraum. Einerseits konnten über den freiwilligen Wohnungstausch in diesem Jahr bisher mit 661 Tauschen 125 Wohnungsanträge realisiert werden. Andererseits gibt es noch zu viele unterbelegte Wohnungen. Hier muß durch eine ständige Überzeugungsarbeit die Bereitschaft zum Tausch erhöht und entsprechenden Wohnraum angeboten werden.

Auszuzahlen beginnt sich, daß sich unsere Genossen bei der Einführung und Nutzung eines Personalcomputers für die effektive und aktuelle Organisation des Wohnungstausches an die Spitze stellten. Der Nutzen für den Bürger: Ständig aktuell und rationell erhält er nach dem Prinzip Biete-Suche ein umfassendes Angebot.

Eingeschätzt werden kann abschließend: Dieses kämpferische Herangehen sichert, daß die Genossen im Rat der Stadt Plauen, voran die der APO 6, einen wachsenden Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage als -soziales Problem leisten.

Volkmar Heß
Parteisekretär im Rat der Stadt Plauen

Leserbriefe

sich das einmal mehr als eine gute Basis dafür, in den Parteigruppen, APO und in der BPO bewährte, politisch qualifizierte und auch junge Kader in Leitungsfunktionen zu wählen. Langfristig bereiten wir unsere Genossen, insbesondere junge Arbeiterinnen und Arbeiter, Hoch- und Fachschulkader, Frauen, Leiter und Funktionäre der staatlichen und gesellschaftlichen Leitungen auf eine politische Qualifizierung und den entsprechenden Einsatz vor. Aus dem Stand der politischen Qualifizierung der Parteikader, aber auch der Entwicklung

von Genossinnen für Funktionen der Partei wird ersichtlich, daß die BPO in dieser Hinsicht gut vorangekommen ist. Der erreichte Stand wird während der Parteiwahlen weiter ausgebaut. 98,2 Prozent aller Leitungskader der BPO, der APO und der Parteigruppen haben eine politische Qualifizierung, 84,6 Prozent der Propagandisten des Parteilehrjahres sind Absolventen der BPS. Der Anteil der Genossinnen in allen Leitungen der BPO liegt bei durchschnittlich 29,7 Prozent, wobei 24,5 Prozent unserer Kommunisten Frauen sind. Die Arbeit

unserer BPO zielt darauf, daß 90 Prozent aller APO-Sekretäre bis 1990 die BPS absolviert haben. Zur Zeit sind es 80 Prozent. Regelmäßig führt die Parteileitung Konsultationen mit allen APO zu Kaderfragen durch. Auch das Kaderprogramm wird jährlich zweimal in der Leitung der BPO kontrolliert. Dabei werden jeweils die veränderte Struktur und neue Aufgaben des Betriebes beachtet. Zum Beispiel, daß mit dem Aufbau des Zentralen Werkzeugbaus während der Parteiwahlen auch eine eigenständige APO zu bilden ist.